

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

Dezember 2016

hauptstadt magazin

**Koalition will neue
Beteiligungskultur!**



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin





© Friedhelm Windmüller

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

ein Wahljahr geht in Berlin zu Ende. Kurz vor Redaktionsschluss lag die Koalitionsvereinbarung der künftigen rot-rot-grünen Landesregierung vor. Die wesentlichen Aussagen zum Berliner öffentlichen Dienst sind – samt einer ersten Bewertung – schon in dieser Ausgabe zusammengefasst. Unsere politische Arbeit wird also im neuen Jahr endlich wieder Fahrt aufnehmen. Einen ersten bescheidenen Anfang hat es ja mit Fraktionsgesprächen schon gegeben. In dieser Ausgabe berichten wir über ein Treffen mit der Fraktion Die Linke.

Breiten Raum nehmen in der letzten Ausgabe des hauptstadt magazins in diesem Jahr juristische Themen ein, und zwar – geschuldet den seit Oktober laufenden Personalratswahlen – speziell Mitbestimmungsfragen. So hatte die DPoIG mit ihrer Anfechtung der HJAV-Wahlen 2014 auch in zweiter Instanz vor dem OVG Berlin-Brandenburg Erfolg, und die Senatsverwaltung für Inneres und Sport hat auf den Beschluss des Berliner Verwaltungsgerichts reagiert, wonach die Mitwirkung des Personalrats wie auch die Beteiligung der Frauenvertreterin bei einer dienstlichen Beurteilung frühzeitig stattfinden muss.

Zur Unterstützung der praktischen Arbeit unserer Personalräte stellen wir außerdem die Datenbank PersVGIS vor, die sich als erste ihrer Art exklusiv mit den Themen PersVG Berlin und LGG Berlin beschäftigt und u. a. alle gerichtlichen Entscheidungen zu dieser Materie vorhält. Dem dbb berlin ist es gelungen,

Sonderkonditionen für den Zugang zu dieser wertvollen Arbeitshilfe auszuhandeln

Mit einem gewerkschaftspolitisch höchst unerfreulichen Thema hat sich der Landesvorstand bei seiner letzten diesjährigen Sitzung befasst, nämlich den Billiganbietern im Zustelldienst, die ihre Niedrigpreise nur zulasten der Beschäftigten halten können. Umso bedauerlicher, dass das Land Berlin hier mitspielt und sich der Pin AG bei der Zustellung bedient. Die Landesleitung wird hier auf einen Sinneswandel drängen.

Schließlich haben wir unsere Veranstaltungsreihe „dbb berlin im Dialog“ fortgesetzt. Gast war im November der Leiter des Landesdenkmalamtes, Prof. Dr. Jörg Haspel, dessen Behörde auch sehr viele öffentliche Bauten schützt.

Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich eine besinnliche Adventszeit, ein frohes Weihnachtsfest und natürlich ein gutes neues Jahr – auch in gewerkschaftlicher Hinsicht. Der dbb berlin wird auf jeden Fall nach Kräften daran arbeiten

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Koalition will mittelfristiges Personalbedarfskonzept vorlegen

251 Seiten umfasst die Koalitionsvereinbarung, die Rot-Rot-Grün am 17. November unter Dach und Fach gebracht hat – kurz vor Redaktionsschluss des hauptstadt magazins. Der öffentliche Dienst findet in dem Papier erfreulich häufig statt, unter anderem immer dann, wenn im Koalitionspapier politische Ziele, etwa in der Bildungs-, Umwelt-, Wirtschafts- oder auch in der Sicherheitspolitik vorgestellt werden. Offenbar hat sich herumgesprochen, dass ohne entsprechende personelle Ressourcen Verbesserungen nicht möglich sind. Folgerichtig enthält die Vereinbarung auch entsprechende Zielvorstellungen zum Personalmanagement und zur Personalentwicklung.

Bedarfsplanung bis 2025

Im nächsten Jahr will die Koalition ein Personalbedarfskonzept bis 2025 entwickeln, das nicht nur Altersfluktuation, Unterbesetzung und Aufgabenzuwachs, sondern auch die politischen Schwerpunktsetzungen, beispielsweise in der Bildungspolitik, berücksichtigt. Personalabbauvorgaben sind unter diesen Prämissen ausdrücklich vom Tisch, das heißt, noch vorhandene werden aufgehoben.

Auch wenn es der Koalition nach eigenem Bekunden nicht pauschal um mehr Personal, sondern um das notwendige Personal an der richtigen Stelle geht, wird in dem Papier mit einem jährlichen zusätzlichen Personalbedarf zwischen 5.000 und 6.000 Beschäftigten gerechnet. Um diese große Anzahl rekrutieren zu können, schwebt der Koalition eine Erhöhung der Ausbildungsquote um mindestens 20 Prozent vor. Alle im Verwaltungsdienst erfolgreich Ausgebildeten sollen bei fachlicher und persönlicher Eignung übernommen werden. Außerdem werden Quereinstiege erleichtert und berufliche Erfahrung außerhalb des öffentlichen Dienstes stärker in Besoldung und Vergütung berücksichtigt. Auch an einen temporären Einsatz Externer wird gedacht.

Mit gerechter Entlohnung und nicht monetären Anreizen wie berufliche Weiterentwicklung, familienfreundliche Arbeitszeiten und Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern will das Land bei dem Wettlauf um die besten Köpfe punkten.

Motivation stärken

Schon sehr konkrete Vorstellungen haben die Koalitionäre zur Personalentwicklung zu Papier gebracht – speziell, was Motivation und Qualifizierung angeht. So sollen die Möglichkeiten des Laufbahnrechts zu Aufstieg und Durchstieg konsequent umgesetzt und der Verwendungsaufstieg wieder eingeführt werden.

Die Beamtenbesoldung soll nach dem Willen der neuen Regierungskoalition bis 2021 stetig an das Niveau der anderen Bundesländer angepasst werden, wobei man sich nicht auf eine konkrete Vorgehensweise festlegen will. Wörtlich heißt es in dem Papier: „Dies kann über prozentuale Aufschläge zum Tarifabschluss, die schrittweise Erhöhung der Jahressonderzahlung, regelmäßige jährliche Übernahme des Tarifabschlusses, Sockelbeträge oder eine Kombination dieser Maßnahmen erfolgen.“ Besonderer Wert wird dabei auf die schnelle Anpassung der unteren Besoldungsgruppen gelegt.

Berliner Besoldungsgesetz geplant

Grundsätzlich soll das übergeleitete Bundesbesoldungsgesetz durch ein eigenes Berliner Besoldungsgesetz mit einer eigenen Besoldungsordnung ersetzt werden.

Alle Zuständigkeiten für landesweite Personalthemen, die bisher in der Verantwortung der Senatsverwaltung für Inneres und der Senatsverwaltung für Finanzen angesiedelt sind, werden schließlich in der Senatsverwaltung für Finanzen gebündelt.

Bemerkenswerte Aussagen enthält das Papier auch zur Verwaltungsmodernisierung und zur besseren Zusammenarbeit von Land und Bezirken.

Über das Echo in unseren Fachgewerkschaften zu den Zielvorstellungen der Koalition in ihren Bereichen werden wir in unseren nächsten Ausgaben berichten.

Positiv muss aber noch vermerkt werden: An zahlreichen Stellen bekräftigt die Koalition in dem Papier, unter anderem bei der Kompetenzverlagerung auf das Finanzressort, ihren erklärten Willen zur Zusammenarbeit mit den Beschäftigtenvertretungen. Die Rede ist sogar von einer neuen Beteiligungskultur – am dbb berlin und seinen Personalräten soll diese Absicht auf jeden Fall nicht scheitern. ■

Becker: Schnell konkrete Lösungen finden

Erfreut zeigte sich dbb Landeschef Frank Becker über den gegenüber früheren Jahren deutlich gewachsenen Stellenwert des öffentlichen Dienstes in dem Koalitionspapier und die grundsätzliche Tendenz zur Konsolidierung und Modernisierung der Berliner Verwaltung.

„An vielen Punkten sind die Aussagen und Vorstellungen allerdings noch nicht sehr konkret beschrieben. Insofern begrüßt der dbb berlin insbesondere die von den Koalitionären angekündigte neue Beteiligungskultur. Wir stehen jederzeit zur Erarbeitung gemeinsamer Lösungen zur Verfügung, wie wir bereits in unserem ersten Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden von Die Linke bekräftigt haben.

Wir gehen jetzt davon aus, dass der dbb berlin kurzfristig zu den Themen, die den öffentlichen Dienst in Berlin betreffen, Gespräche mit den fachpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Re-

gierungsfractionen führen wird, damit die generellen Aussagen möglichst bald in sachgerechte, konkrete Lösungen umgesetzt werden.

Besonders wichtig ist dem dbb berlin in Hinblick auf die künftige Zusammenarbeit, dass sich die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Berlin auf die Aussagen ihrer Landesregierung verlassen können. Dies ist leider keine Selbstverständlichkeit: Ich erinnere nur an die nie eingehaltenen Versprechen des damaligen Regierenden Bürgermeisters, dass die insbesondere Beamten zugemuteten Kürzungen im Rahmen des Solidarpakts wieder zurückgenommen werden.“

dbb berlin und Die Linke

Intensiver Austausch vereinbart

Der dbb berlin und die Fraktion Die Linke im Berliner Abgeordnetenhaus wollen sich künftig sehr intensiv in Fragen des öffentlichen Dienstes austauschen, um schon im Vorfeld politischer Entscheidungen alle wichtigen Aspekte abzuklären und sachgerechte Lösungen zu erarbeiten. Das ist das Ergebnis eines ersten Gesprächs, das die dbb Landesleitung am 8. November 2016 mit den beiden Fraktionsvorsitzenden Carola Bluhm und Harald Wolf geführt hat.

Vorangegangen war für die beiden Politiker eine lange Nacht der Koalitionsverhandlungen, über deren Ergebnisse zunächst Vertraulichkeit verabredet wurde. Zu elementaren Fragen wie der Angleichung der Beamtenbesoldung, der Wertschätzung für die Arbeit der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und zum Gesundheitsmanagement mussten sich Bluhm und Wolf insofern auf sehr wenig konkrete Ankündigungen beschränken. Immerhin scheint klar, dass der Paradigmenwechsel in der Personalpolitik fortgesetzt werden wird. Neue konkrete Zielzahlen für die Personalentwicklung wurden allerdings nicht genannt. Vielmehr will man offenbar in Zukunft verstärkt auf die tatsächlichen Bedarfe in den einzelnen Dienststellen mit Neueinstellungen reagieren und entsprechend einstellen.

Angeblieh hat Rot-Rot-Grün beschlossen, die Angleichung der Beamtenbesoldung an das Bundesniveau zu beschleunigen. Wie dies konkret aussehen wird, geht auch aus der unmittelbar vor Redaktionsschluss veröffentlichten Koalitionsvereinbarung nicht hervor.

Der dbb berlin setzt sich weiterhin dafür ein, dass das Tarifiergebnis der Länder zuzüglich einer Prozentzahl X für die Berliner Beamtinnen und Beamten übernommen wird.

Für den dbb berlin führten Landeschef Frank Becker und seine Stellvertreter Bernd Raue und Ferdinand Horbat das Gespräch. ■



Ferdinand Horbat, stellv. Landesvorsitzender dbb berlin, Frank Becker, Landesvorsitzender dbb berlin, Carola Bluhm, Fraktionsvorsitzende Die Linke, Bernd Raue, stellv. Landesvorsitzender dbb berlin, Udo Wolf, Fraktionsvorsitzender Die Linke (von links)

Briefzustellung

Sparen auf dem Rücken der Beschäftigten

Wer heute einen Brief nicht bei der Deutschen Post, sondern bei alternativen privaten Anbietern aufgibt, spart in der Regel 15 Cent. Was diese Ersparnis allerdings für Auswirkungen auf die Beschäftigten hat, wird gern bei dem kleinen Betrag unterschätzt, zumal die Summe beträchtlich anwächst, wenn Großkunden, wie das Land Berlin, sich für den Briefversand bei der Pin AG entscheiden. Der Landesvorstand des dbb berlin hat deshalb bei seiner Sitzung am 15. November 2016 die Landesleitung beauftragt, den neuen Senat und die zuständigen Abgeordneten für einen mitarbeiterfreundlicheren Postversand zu sensibilisieren.

Fakt ist, dass die seit Ende 2013 tarifierte PIN AG ihre Zusteller mit einem Einstiegsgehalt abspeist, dass gerade einmal 85 Euro über dem Mindestlohn liegt – und das bei einer 40-Stunden-Woche. Während die Pin AG seit dem 1. Januar 2015 1.560 Euro zahlt, beträgt das Einstiegsgehalt vergleichbarer Zusteller bei der Deutschen Post 2.000 Euro bei 38,5 Wochenstunden, und ein Anstieg nach Tarifstufen auf 3.200 Euro ist möglich. Auch von Betriebsrentenzahlungen und besonderem Kündigungsschutz durch Tarifverträge können die Mitarbeiter der Pin AG nur träumen.

Gewerkschaftlicher Einfluss unerwünscht

Denn während die Kommunikationsgewerkschaft DPVKOM im dbb als Fachgewerkschaft der Postnachfolgeunternehmen seit Jahren für bessere Arbeits- und Entgeltregelungen bei der Deutschen Post kämpft, scheut die Pin AG keine Mittel, um gewerkschaftlichen Einfluss zu verhindern. Beim Arbeitskampf 2014 beispielsweise wurden die Pin-Beschäftigten mit einem Bonus in Höhe von 550 Euro überredet, sich nicht am Streik zu beteiligen.

Schaden am Postservice

Wer etwas weiter über den Tellerrand schaut, wird unschwer erkennen können, dass die Billigkonkurrenz langfristig nicht ohne Folgen für die Deutsche Post bleiben kann, zumal sie als einziger Anbieter eine Zustellpflicht hat und damit für gleiche Lebensverhältnisse in Deutschland sorgt. Ihre Zusteller bedienen das entfernteste Berggehöft und die kleinste Hallig, während die Pin AG mit diesem kostenintensiven Service nicht viel am Hut hat, sondern sich für schwierige Einzelzustellungen schlicht und einfach der Post bedient. Schon jetzt hat der Konkurrenzdruck bei der Post zu einer höheren Belastung für die Zustellung geführt, da viele Zustellbezirke eingespart wurden. Wer also Billiganbieter nutzt, muss wissen, dass er nicht nur auf dem Rücken von deren Beschäftigten spart, sondern langfristig den Postservice insgesamt beschädigt.

dbb Landeschef Frank Becker kündigte unterdessen an, dass sich die dbb Landesleitung mit dem einstimmigen Votum des Landesvorstands im Gepäck bei den Fraktionen im Abgeordnetenhaus für die Beschäftigung eines Postdienstleisters starkmachen wird, der gute Arbeit ordentlich bezahlt und sich auch an tarifrechtliche Spielregeln hält. „Das Land Berlin darf sich nicht ausschließlich am BILLIGSTEN Angebot orientieren und darf einmalige Zahlungen von ‚Nichteilnahme-Streik-Geldern‘ nicht ignorieren. Soziale Gerechtigkeit sieht anders aus.“

Erfreut über den Beschluss des dbb Landesvorstands zeigte sich der kommissarische Vorsitzende des Regionalverbandes der DPVKOM, Torsten Jaehne: „Es kann nicht angehen, dass das Land Berlin Postleistungen an Dienstleister vergibt, die kaum mehr als den Mindestlohn zahlen. Auch das „Umfrankieren“ schwer zustellbarer Sendungen, das die PIN AG mittlerweile zu einem der größten Auftraggeber der Post AG im Berliner Raum gemacht hat, muss ein Ende haben, schon wegen der längeren Postlaufzeiten für die Kunden.“ ■



© Maik Brandenburger

Wir stellen vor

PersVGIS – die elektronische Hilfe für Personalratsmitglieder

Wer schnell eine Entscheidung zum Berliner Personalvertretungsgesetz (PersVG Berlin) oder zum Landesgleichstellungsgesetz (LGG Berlin) sucht, ist bei der Rechtsprechungsdatenbank PersVGIS goldrichtig, in der alle Entscheidungen zu der Rechtsmaterie zusammengefasst und bereitgestellt sind. Aber PersVGIS kann noch mehr: Das System enthält zusätzlich eine Wissensdatenbank mit Dokumenten und Materialien rund um die beiden Landesgesetze und ermöglicht mit diesem umfassenden Angebot seinen Anwendern stets rechtssicheres Agieren in ihrer alltäglichen Arbeit.

Ins Leben gerufen wurde das für die Personalratsarbeit außerordentlich wertvolle Instrumentarium im Jahr 2011 von Rechtsanwältin Maria Timmermann, die selbst während ihrer anwaltlichen Tätigkeit eine derart umfassende Rechtsprechungsdatenbank zum Personalvertretungsgesetz Berlin und zum LGG Berlin schmerzlich vermisst hat. Kurzentschlossen ging sie deshalb selbst ans Werk und schuf den umfangreichen Überblick zur aktuellen und bisherigen Rechtsprechung.

PersVGIS ist damit die erste Datenbank, die sich exklusiv mit den Themen PersVG Berlin und LGG Berlin beschäftigt und für jeden Praktiker und Experten, der die beiden Gesetze anwendet, außerordentlich wertvoll.

Was bietet PersVGIS?

Mit der Datenbank ist ein schneller und effizienter Zugriff auf die Rechtsprechung zum PersVG Berlin, LGG Berlin und zum PersVG Brandenburg möglich. Darüber hinaus können Entscheidungen zum BPersVG abgerufen werden, soweit das VG Berlin oder OVG Berlin-Brandenburg dazu entschieden haben.

Um den Nutzer möglichst schnell ans Ziel zu führen, bietet die Datenbank verschiedene Suchfunktionen an. So können die Daten nach Stichworten abgerufen werden, aber auch nach Gerichten, Entscheidungsdaten, Aktenzeichen, gesetzlichen Regelungen und vielem anderen mehr.

Für schnelle Hilfe bei der Auslegung der Vorschriften im Arbeitsalltag sorgen die in der Datenbank bereitgestellten Materialien zu Gesetzesänderungen wie Drucksachen, Plenarprotokolle und andere Schriftstücke.

Als zusätzliches „Sahnehäubchen“ werden in der angegliederten Wissensdatenbank schließlich –



alphabetisch nach Stichworten sortiert – aktuelle Entscheidungen besprochen, Aufsätze und Gutachten zu bestimmten Themen veröffentlicht und Arbeitshilfen wie Ablaufschemen zu Mitbestimmung oder Mitwirkung bereitgestellt.

Sonderkonditionen für den dbb

Der Zugang zu PersVGIS ist kostenpflichtig. Für Mitglieder des dbb berlin wurden sowohl bei Einjahres- als auch bei Mehrjahresabonnements Sonderkonditionen ausgehandelt, nicht zuletzt weil die dbb Landesleitung vom besonderen Wert der Datenbank überzeugt ist. „Die Kenntnis aktueller Berliner Rechtsprechung erleichtert die Personalratsarbeit und stellt einen Wissensvorsprung für den Anwender dar, der über herkömmliche Datenbanken nicht zu erreichen ist“, äußert sich etwa dbb Landeschef Frank Becker.

Weitere Informationen sind unter www.persvgis.de oder Tel. Nr. 030.8647970 (Birgit Liebetrau) erhältlich. ■



© Maik Brandenburger

HJAV-Wahlen erfolgreich angefochten

DPoIG auch am OVG Berlin-Brandenburg erfolgreich

Auch in 2. Instanz war die Anfechtung der HJAV-Wahlen 2014 durch die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) Berlin erfolgreich! In einer Entscheidung vom 9. November 2016 – 60 PV 5.16 – hat sich das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg der Auffassung des Verwaltungsgerichts Berlin angeschlossen, wonach wesentliche Vorschriften über die Wählbarkeit und das Wahlverfahren missachtet wurden und die Anfechtung deshalb begründet ist.

Was war passiert?

Bei den angefochtenen Wahlen zur HJAV hatte sich eine Kandidatin zur Wahl gestellt, die sich zum Zeitpunkt der Wahlen bereits im Sonderurlaub befand und ein Arbeitsverhältnis zu einem privaten Arbeitgeber begründet hatte. Außerdem reagierten die Personalräte mehrerer Dienststellen nicht auf die Aufforderung des Wahlvorstandes, einen örtlichen Wahlvorstand zu bestellen – mit der Konsequenz, dass in diesen Dienststellen gar nicht gewählt wurde.

Beim Polizeipräsidenten wurde darüber hinaus versäumt, ein Ergänzungswahlausschreiben für die Wahl zur HJAV, die gleichzeitig mit der Wahl zur Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung stattfand, zu erlassen. Und in den Bezirksamtern Mitte und Marzahn-Hellersdorf schließlich bestand ausschließlich die Möglichkeit per Briefwahl zu wählen.

Zutreffende Argumente der DPoIG

Die DPoIG argumentierte vor Gericht, dass im Fall von Sonderurlaub die Zugehörigkeit zur Dienststelle und damit die Wählbarkeit entfällt.

Außerdem wäre ohne das Versäumnis in einigen Dienststellen, einen Wahlvorstand zu wählen, die Wahlbeteiligung erheblich gestiegen. Der Hauptwahlvorstand hätte darauf hinwirken müssen, dass ein funktionsfähiger Wahlvorstand bestellt wird, und ggf. mithilfe der Dienststelle dafür zu sorgen,

dass die Vorschriften über das Wahlverfahren eingehalten werden. Personalräte, die sich um die Bildung eines Wahlvorstandes nicht kümmern, so die DPoIG, begehen eine Amtspflichtverletzung.

Ebenso hätte der Hauptwahlvorstand dafür sorgen müssen, dass die Ergänzungswahlausschreiben mit den Wahlvorschlägen in den jeweiligen Dienststellen bekanntgemacht werden. Wem nicht bekannt ist, wer sich zur Wahl stellt, wird auch kaum wählen können.

Die Vielzahl der Versäumnisse und die völlige Untätigkeit einiger Personalratsgremien haben, so die DPoIG, deutlich den Eindruck der Wahlbehinderung erweckt.

Das Ergebnis

Das OVG Berlin-Brandenburg folgte der DPoIG-Argumentation in wesentlichen Punkten und beurteilte die Anfechtung als begründet. Insbesondere hätte der Hauptwahlvorstand auf untätige örtliche Personalräte einwirken müssen, im Zweifel mithilfe der Dienststelle.

Die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts wird unmittelbar nach Zustellung an die Parteien in der Datenbank PersVGIS veröffentlicht. Eine Rechtsbeschwerde wurde nicht zugelassen. Die HJAV hätte allenfalls noch die Möglichkeit, eine Nichtzulassungsbeschwerde beim Bundesverwaltungsgericht einzulegen.

Maria Timmermann



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

Beurteilungen

Beschäftigtenvertretungen müssen rechtzeitig beteiligt werden

Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport hat auf den Beschluss des Berliner Verwaltungsgerichts – 26 L 371.15 – reagiert, wonach die Mitwirkung des Personalrats wie auch die Beteiligung der Frauenvertreterin vor und nicht erst nach der Eröffnung einer dienstlichen Beurteilung stattfinden muss.

In einem Rundschreiben vom 21. Oktober 2016 wird zum Zeitpunkt der Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen folgendes Vorgehen bei der Erstellung von Beurteilungen innerhalb der Laufbahnrichtung des allgemeinen Verwaltungsdienstes vorgesehen:

1. Der zu beurteilenden Beamtin bzw. dem zu beurteilenden Beamten wird nach Abstimmung mit der Zweitbeurteilerin bzw. dem Zweitbeurteiler eine Ablichtung des Entwurfs der dienstlichen Beurteilung zur Kenntnis und freigestellten Stellungnahme gegeben.
2. Der gegebenenfalls überarbeitete Entwurf und auf Wunsch der Beamtin beziehungsweise des Beamten etwaige Stellungnahmen werden nacheinander gegebenenfalls der Schwerbehindertenvertretung zur Anhörung nach § 95 Abs. 2 SGB IX, der Frauenvertreterin zur Beteiligung nach § 17 Abs. 2 LGG und dem Personalrat zur Mitwirkung nach §§ 84 Abs. 1, 90 Nr. 7 PersVG vorgelegt.
3. Nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens wird die Beurteilung durch die Erstbeurteilerin bzw. den Erstbeurteiler und die Zweitbeurteilerin bzw. den Zweitbeurteiler erstellt und der Beamtin bzw. dem Beamten eröffnet. ■



BERLIN



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

HAUPTSTADTBALL 2017

der Deutschen Polizeigewerkschaft

Berlin tanzt

incl. Galabuffet.

04.03.2017

POLITZEI



Für Tanz und gute Laune sorgt
Dance & Showband Andreas von Haselberg



Rock`n Roll Club Butterfly

Eintritt: 50,- € / 1 Tisch (10 Personen) 450,- €
40,- € Mitglieder DPoIG und dbb-Gewerkschaften / 1 Tisch (10 Personen) 350,- €
Beginn: 20.00 Uhr, Einlass: 19.00 Uhr
Mercure Hotel MOA Berlin, Stephanstraße 41, 10559 Berlin
Veranstalter: DPoIG Bundespolizeigewerkschaft und DPoIG Landesverband Berlin
Kartenverkauf über die Geschäftsstellen:
Tel.: 030 / 44678721 oder 030 / 3933073 / 74

Justizvollzug

Gesucht wird ...

Die Senatsverwaltung für Justiz hat auf der Suche nach Bewerberinnen und Bewerbern für den Justizvollzug eine professionelle Werbekampagne gestartet. Gesucht wird nicht nach den gängigen Klischees „jung“, „ledig“ und „flexibel“, sondern der Justizvollzug braucht Menschen mit Teamfähigkeit, Entscheidungskompetenz, Durchsetzungsvermögen, Lebenserfahrung, Belastbarkeit sowie sozialen und interkulturellen Kompetenzen.

Der Beruf hat deutlich an Attraktivität gewonnen: Noch in der vergangenen Legislaturperiode wurden die Anwärterbezüge um 60 Prozent und auch die Sicherheitszulage erhöht. Bei erfolgreichem Abschluss der zweijährigen Ausbildung winken eine Übernahmegarantie und das Eingangsamt A 7, das einen guten Start ins keineswegs eintönige Berufsleben sichert. Die Einsatzmöglichkeiten sind nämlich sehr vielseitig, ob in der Fahrbereitschaft, den Sicherheitsbereichen, den Alarmzentralen oder bei Besucherkontrollen und Überwachungen.

Pro Jahr sollen 120 Anwärterinnen und Anwärter eingestellt werden, denen die aktuelle rot-rot-grüne Ko-

alitionsvereinbarung jetzt noch weitere berufliche Perspektiven und die stärkere Berücksichtigung familiärer Aspekte verspricht – beides Kernforderungen des BSBD Berlin

Weitere Infos <https://www.berlin.de/justizvollzug/personal/bildungsstaette-justizvollzug/ausbildung-und-bewerbung/>



Aktuelle Werbung für den Justizvollzug, unter anderem auf der Bildungsmesse und beim Tag der offenen Tür der Berliner Polizei

© Senatsverwaltung für Justiz

Senatsverwaltung bildet Beamtenachwuchs aus

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt bildet nach dem erfolgreichen Start im letzten Jahr wieder junge Nachwuchskräfte der technischen Dienste aus, und zwar in den Laufbahnfachrichtungen Architektur, Stadtbauwesen, Geodäsie, Städtebau und Landespflege.

Die im Auswahlverfahren erfolgreichen 15 Bewerberinnen und Bewerber wurden bereits am 1. November 2016 zu Beamtinnen und Beamten auf Widerruf ernannt. Damit befinden sich jetzt insgesamt 20 Referendarinnen und Referendare in der Ausbildung bei der Senatsverwaltung.

Das zweijährige technische Referendariat soll die Nachwuchskräfte, die bereits über ein abgeschlossenes Hochschulstudium verfügen, mit zusätzlichen Schlüsselqualifikationen ausstatten, wie sie für leitende Funktionen in der öffentlichen Verwaltung und der privaten Wirtschaft erforderlich sind.

dbb: Vorbild für Schulbereich!

Der dbb berlin begrüßt, dass das Land Berlin weiterhin Nachwuchskräfte im Bereich des technischen Dienstes ausbildet, damit technische öffentliche Aufgaben wieder ordnungsgemäß, in guter Qualität und zeitnah erledigt werden können. Für die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Landes und natürlich auch für die Berlinerinnen und Berliner ist das ein wichtiger Service. „Der dbb berlin hofft, dass die im technischen Bereich offenbar gewonnene Erkenntnis, wieder Beamtinnen und Beamte auszubilden und einzustellen, auch auf den Schulbereich überschwappen wird. Berlin wäre nämlich sehr geholfen, wenn Lehrerinnen und Lehrer wieder verbeamtet würden, damit nicht noch weitere hervorragende Lehrkräfte aus der Hauptstadt abwandern beziehungsweise gar nicht erst hier anfangen“, kommentierte der dbb Landeschef Frank Becker die Ausbildung des Nachwuchses.

Die dbb jugend berlin stellt sich vor

Christopher Petsch: „Über den Tellerrand schauen“

Seit 8. August 2016 gibt es wieder eine dbb jugend berlin (dbbjb). Am selben Tag wählte die Gründungsversammlung – zunächst für zwei Jahre – eine Landesjugendleitung, die ein genaueres Kennenlernen lohnt. Das hauptstadt magazin stellt in dieser Ausgabe zunächst den Landesvorsitzenden Christopher Petsch vor.

Als Chef der dbbjb ist der 30-jährige Polizeibeamte zuständig für die allgemeine Geschäftsführung, die Öffentlichkeitsarbeit, die Vertretung der Berliner dbb jugend nach innen und außen und natürlich auch bei der dbbj Bund. Das Rüstzeug dafür hat sich der junge Polizeibeamte aus Spandau in den fünf Jahren erworben, in denen er jetzt schon gewerkschaftlich aktiv ist.

„Begonnen hat mein gewerkschaftliches Engagement eher zufällig nach einer Begegnung mit dem Ansprechpartner der DPolG für meine Einsatzhundertschaft“, so Petsch. „Von ihm ermuntert nahm ich das erste Mal an einer Sitzung des DPolG-Kreisverbandes meiner Direktion teil und wurde in der Folge zu weiteren Veranstaltungen eingeladen und immer weiter an die gewerkschaftliche Arbeit herangeführt.“

Den besonderen Fokus auf die Jugendarbeit gerichtet hat der Landesvorsitzende der dbb jugend berlin nach einer Teilnahme am Bundesjugendkongress der DPolG 2012 in Stuttgart. „Seitdem unterstütze ich die JUNGE POLIZEI und meinen Kreisverband so gut es geht.“

„Meckern allein reicht nicht!“

Bereits kurz nach dem Studium an der HWR für den gehobenen Polizeivollzugsdienst hatte Petsch nach eigenem Bekunden sehr schnell den Unterschied zwischen Wunschbild und Realität des Polizeiberufs erkennen müssen. Denn natürlich gibt es nicht nur fröhlich lächelnde Kollegen, die zufriedenen Bürgern helfen, wie es potenziellen Bewerbern für den Polizeidienst bisweilen vorgegaukelt wird. Das gesamte Spektrum des polizeilichen Alltags kennt auch ganz andere Facetten. „Bei der Berliner Polizei“, berichtet Petsch, „gibt es an vielen Stellen Probleme und die Kollegen fühlen sich in einigen Bereichen ungerecht behandelt. Vor allem bei der Bezahlung, der Arbeitszeitregelung und der Ausstattung muss deutlich nachgebessert werden.“ Probleme und Unzulänglichkeiten des dienstlichen Alltags dürfen die Attraktivität des Polizeiberufs nicht gefährden, zeigt sich



© Andra Godbersen



Petsch überzeugt: „Die Gewerkschaftsarbeit hat mir gezeigt, dass Meckern allein nicht reicht. Probleme dürfen und müssen benannt, Lösungen gesucht und Wege aufgezeigt werden.“

In vielen Gesprächen – vor allem mit jungen Menschen aus den verschiedensten Bereichen des öffentlichen Dienstes – habe sich gezeigt, dass es nicht nur bei der Polizei Baustellen gibt, die dringend in Angriff genommen werden müssen, sondern dass Schwierigkeiten, Sorgen und Nöte fast im gesamten öffentlichen Dienst an der Tagesordnung sind. Dieser Blick „über den Tellerrand“ ist für Petsch äußerst interessant und spannend.

Jugendarbeit besonders wichtig

Als ganz besonders wichtig habe sich für ihn in diesem Zusammenhang angesichts des demografischen Wandels die Jugendarbeit herauskristallisiert. „Den öffentlichen Dienst für junge Menschen attraktiv zu machen und den Kampf um die besten Köpfe nicht gegen die freie Wirtschaft zu verlieren, muss wesentlicher Bestandteil unserer Bemühungen werden“, konkretisiert der Jugendvorsitzende die Zielrichtung seiner Arbeit, die er mit viel Elan in der Berliner dbb jugend angehen will. O-Ton des Landesjugendvorsitzenden dazu: „Es gibt viel zu tun, und ich freue mich auf die Arbeit mit dem tollen Team der dbb jugend berlin!“

dbb berlin im Dialog mit dem Landesdenkmalamt

Viele öffentliche Gebäude geschützt

Wenn das hauptstadt magazin in den vergangenen drei Jahren auf seiner Titelseite immer wieder charakteristische öffentliche Gebäude – vom Roten Rathaus bis hin zur Siegestsäule oder der weniger bekannten Treppe im Kriminalgericht – abbilden konnte, dann aus dem Grund, weil der Denkmalschutz dafür gesorgt hat, dass die betroffenen Bauwerke unverfälscht in ihrem Stil geblieben und gut erhalten worden sind. Auch Dienststellen des Landes und der Bezirke sind in Berlin häufig in denkmalgeschützten Gebäuden untergebracht, so dass der Leiter des Landesdenkmalamtes und Landeskonservator, Prof. Dr. Jörg Haspel, bei einer Präsentation des Berliner Denkmalschutzes beim dbb berlin am 8. November 2016 immer wieder Bezug auf die Arbeitsstätten seiner interessierten Zuhörer nehmen konnte.

Haspel informierte die Landeshauptvorstandsglieder des dbb berlin im Rahmen der Veranstaltungsreihe „dbb berlin im Dialog“ ausführlich über Aufgaben und Aktivitäten des Landesdenkmalamtes, das bezirksübergreifend für alle Fachfragen der Bau-, Kunst-, Garten- und städtebaulichen Denkmalpflege sowie der Archäologie zuständig ist.

Nach dem Denkmalschutzgesetz Berlin vom 24. April 1995 werden hier schutzwürdige Bauten und Gartenanlagen erforscht, bewertet, inventarisiert, unter Schutz gestellt und schließlich als Denkmale eingetragen.

Denkmalpflege ist auch Wissensvermittlung

Doch damit nicht genug: In der Denkmalpflege geht es natürlich auch darum, das Wissen über die Epoche, von der ein Denkmal Zeugnis ablegt, in der Bevölkerung zu verbreiten. Das Berliner Denkmalschutzamt trägt dem mit zahlreichen Veröffentlichungen und Veranstaltungen, wie etwa am bundesweiten Tag des offenen Denkmals, Rechnung.

Ganz besonders gefragt ist das Landesdenkmalamt natürlich auch dann, wenn es um die Beratung, Unterstützung und die Vergabe von Zuschüssen bzw. Bescheinigungen nach dem Einkommensteuergesetz bei geplanten Bau- und Restaurierungsmaßnahmen durch Eigentümer denkmalgeschützter Häuser geht. Bei allen öffentlichen Planungen und Baumaßnahmen hat das Landesdenkmalamt als Träger öffentlicher Belange ohnedies ein gewichtiges Wörtchen mitzureden. Kompetent und zuverlässig erledigt werden diese Aufgaben vom Fachbereich Bau- und Kunstdenkmalpflege des Amtes.

Schutz auch für Parks, Plätze und Grünanlagen

In einem weiteren Fachbereich „Gartendenkmalpflege und Archäologie“ liegen die Arbeitsschwerpunkte auf der Erstellung von Parkpflegewerken, das heißt, der Planung aller Maßnahmen zur Pflege, Erhaltung und Restaurierung historischer Gärten, Parks, Plätze und Grünanlagen sowie auf der Initiierung und Betreuung praktischer Bau- und Fördermaßnahmen.

Die Archäologische Denkmalpflege (Bodendenkmalpflege), die ebenfalls diesem Fachbereich zugeordnet ist, untersucht und konserviert Zeugnisse der Vergangenheit, die sich im Boden oder in Gewässern befinden – und zwar angefangen von der ersten Besiedelung des Spreetales bis in die jüngere Vergangenheit. Bewegliche Bodenfunde wie Schmuck oder Münzen werden in den Staatlichen Museen der Hauptstadt zentral gelagert und für Ausstellungszwecke ausgeliehen.

Wichtige Inventarisierung

Ein dritter Fachbereich „Denkmal-Inventarisierung und Denkmal-Vermittlung“ schließlich widmet sich ganz der Erfassung und systematischen Erforschung von Bau- und Kunstdenkmälern in Berlin.



dbb Landeschef Frank Becker und Prof. Dr. Jörg Haspel in der dbb Landesgeschäftsstelle

Von Amts wegen oder auf Antrag von Eigentümern werden hier wissenschaftliche Gutachten zur Neuaufnahme oder Löschung von Objekten erstellt und denkmalfachliche Sammlungen, Archive und Datenbanken gepflegt. Auch die umfangreiche Fachbibliothek und die gesamte Öffentlichkeitsarbeit sind in diesem Bereich angesiedelt.

Viele Berührungspunkte

Am Ende des Vortrags von Prof. Dr. Haspel zeigte eine Diskussionsrunde überraschend deutlich, wie viele teils auch strittige Berührungspunkte es zwischen der Personalratsarbeit des dbb berlin und dem Denkmalschutz gibt. So entstehen etwa beim

Umbau denkmalgeschützter Vollzugsanstalten Interessenkollisionen zwischen den Schutzbedürfnissen der Anstalten einerseits und dem Erhaltungswillen der Denkmalschützer andererseits. Auch das Anbringen von außenliegenden Sonnenschutzvorrichtungen an denkmalgeschützten Gebäuden ist offenbar ein vieldiskutiertes Thema zwischen Gebäudenutzern und Denkmalschutz. Zum Abschluss der Veranstaltung hielt der Berliner dbb Chef Frank Becker bei seinem Dank an Prof. Dr. Haspel für den interessanten Vortrag denn auch fest, dass das Verständnis für den Denkmalschutz sicher bei den Zuhörern gewachsen ist, weitere kontroverse Diskussionen vor Ort aber auch nicht auszuschließen sind. ■

Berliner Bildungspolitik erneut gescheitert?

Berliner Schulen belegen seit Jahren beim Qualitätsvergleich mit den anderen Bundesländern traurige letzte Plätze. Auch die neueste Erhebung des Institutes zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB-Studie 2015, veröffentlicht am 28. Oktober 2016) hat der Berliner Bildungspolitik wieder Unfähigkeit attestiert, diese Situation zu ändern.

Seit vielen Jahren leiten Politiker der SPD die Senatsbildungsverwaltung und sie tragen damit die Verantwortung für die desolate Schulqualität in der Hauptstadt. Tatsächlich sind die Defizite hausgemacht und das Ergebnis jahrelanger Mittelkürzungen und einer Flut von Reformen.

Über eine derartige ständige „Reformiererei“ hat Prof. Ulrich Trautwein im Interview mit Spiegel-Online vom 28. Oktober 2016 sehr zutreffend formuliert: „Schulsysteme sind dann erfolgreich, wenn die Verantwortlichen ambitionierte Ziele formulieren, den Unterricht in den Mittelpunkt stellen und überflüssige Reformen vermeiden. [...]“

Ich bin immer dann misstrauisch, wenn mit einer Reform bestimmte Heilsversprechen verbunden sind, aber nicht wissenschaftlich belegt ist, dass die Maßnahme auch die Qualität des Unterrichts verbessert.“

Wer zusätzlich noch aus ideologischen Gründen die Verbeamtung der Lehrkräfte ablehnt und in Berlin ausgebildete Lehrer stattdessen in andere Bundesländer ziehen lässt, muss sich über Lehrermangel nicht wundern.

Weder höhere Ausbildungskapazitäten noch umfangreiche Einstellungen von Quereinsteigern hel-

fen hier weiter. Laut IQB-Bericht steigern nämlich qualifizierte (!) Lehrkräfte die Bildungsqualität.

Wenn allerdings in einem Bezirk nur noch 21 Prozent der neu eingestellten Lehrkräfte an der Grundschule das Lehramt Grundschule studiert und 43 Prozent keine oder keine volle Lehrbefähigung haben, ist man von einer qualifizierten personellen Ausstattung der Schulen meilenweit entfernt.

Modelle, Reformen, Kommissionen und Inspektionen helfen nicht, solange sich die Rahmenbedingungen vor Ort, nämlich dort, wo der Unterricht erteilt wird, nicht ändern.

Leistung muss sich lohnen

Wer schließlich auch nicht bereit ist, Leistung zu fördern und zu fordern, und zwar in adäquaten Lerngruppen, wird auch künftig schlecht im Vergleich mit anderen Bundesländern abschneiden.

Schließlich erwarten aber auch die Beschäftigten nicht nur Lippenbekenntnisse einer Senatorin, sondern Anerkennung und Wertschätzung ihres beruflichen Tagesgeschäfts, das leider in Berlin immer unattraktiver zu werden droht.

Ferdinand Horbat

dbb berlin

Attraktives Bildungsangebot

Auch im kommenden Jahr hält der dbb berlin ein attraktives Fort- und Weiterbildungsangebot für seine Mitglieder bereit. In enger Zusammenarbeit mit der dbb akademie ist es gelungen, zwölf Seminare zu konzipieren, die sowohl die Interessen der beiden Beschäftigtengruppen im öffentlichen Dienst, Beamte und Arbeitnehmer, als auch die Sondersituation von Frauen, Jugend und Senioren berücksichtigen. Für unsere neu gewählten Personalräte werden zwei eigene Grundschulungen mit vollständiger Kostenübernahme angeboten, altbewährte Personalräte können ihr Wissen über Personalauswahl und Personalplanung, über die richtige Anwendung von Beteiligungsrechten und über die Formulierung und den Abschluss von Dienstvereinbarungen in drei weiteren Veranstaltungen erweitern. Auch hier fällt keine eigene Kostenbeteiligung an.

Um möglichst vielen Kolleginnen und Kollegen die Teilnahme zu ermöglichen, finden alle Schulungen in Berlin statt. Im Einzelnen stehen folgende Seminare auf dem Programm:

- > 20. bis 21. Februar 2017
Grundschulung zum PersVG für neu gewählte Personalräte mit Kostenübernahme
Nr. 2017 P007 SK
- > 13. März 2017
Tarifrecht
Nr. 2017 B064 SK
- > 20. März 2017
Beamtenrecht
Nr. 2017 B067 SK
- > 24. April bis 25. April 2017
Grundschulung zum PersVG für neu gewählte Personalräte mit Kostenübernahme
Nr. 2017 P010 SK
- > 15. Mai 2017
Jugendpolitik
Nr. 2017 B112 SK
- > 29. Mai 2017
Tarif SPEZIAL – Eingruppierung und Beauftragungen im Tarifrecht des TV-L Nr. 2017 B124 SK
- > 14. Juni bis 15. Juni 2017
PersVG-Schulung – Dienstvereinbarungen formulieren und abschließen mit Kostenübernahme
Nr. 2017 P012 SK

- > 6. September 2017
Frauenpolitik
Nr. 2017 B182 SK
- > 30. Oktober 2017
Seniorenpolitik
Nr. 2017 B239 SK
- > 9. Oktober 2017
PersVG-Schulung – Personalauswahl, Personalplanung mit Kostenübernahme
Nr. 2017 P015 SK
- > 13. November 2017
Beschäftigtenvertretungen – BEM-Verfahren, Beteiligungen
Nr. 2017 B248 SK
- > 23. Oktober 2017
PersVG-Aufbauschulung – Beteiligungsrechte richtig anwenden
Nr. 2017 P017 SK

Für weitere Informationen steht beim dbb berlin zur Verfügung:
Patricia Stehr
E-Mail: p.stehr@dbb.berlin
Telefon: 030.3279.52-13



Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin. **Telefon:** 030.3279520. **Telefax:** 030.3279520. **Internet:** www.dbb.berlin. **E-Mail:** post@dbb.berlin. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Media-center, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacyber@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigen disposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Anzeigentarif** Nr. 14, gültig ab 1.10.2016. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Fotos:** wie angegeben. **Titelbild:** Abgeordnetenhaus © Steffen Boettcher.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

dbb berlin

Zielgerichtete Schulung für Frauenvertreterinnen

Ein besonders aktuelles Thema hatte sich die Vorsitzende der dbb frauenvertretung berlin, Petra Woosmann, zur Schulung der Frauenvertreterinnen der Gewerkschaften überlegt, nämlich Schreiben für das (Social) Web.

„Wirkungsvolles Schreiben im Web und Intranet spielt im Wahljahr 2017 eine große Rolle“, unterstrich Woosmann, der die gezielte Schulung ein besonderes Anliegen ist. Und die Teilnehmerinnen waren begeistert. Sie lernten, kurze, spannende Texte zu schreiben – und letztlich sich selbst wirkungsvoll zu präsentieren.

Festgelegt wurde auch gleich der Termin für das nächste Seminar der dbb frauenvertretung berlin mit dem 6. September 2017.



Attraktive Stellenangebote

Zur Umsetzung des Berliner E-Government-Gesetzes wird qualifiziertes Fachpersonal gesucht. Die Stellenausschreibungen erfolgen über das Karriereportal des Landes Berlin (<https://www.berlin.de/karriereportal/stellen/jobportal/stellenangebote.html>). Die genauen Anforderungen an das jeweils zu besetzende Arbeitsgebiet sind dort nachzulesen.

Rückfragen beantwortet der Leiter des Referats, Herr Manfred Pasutti:
E-Mail: manfred.pasutti@seninnsport.berlin.de
Telefon: 030.90223-1500.